

Thesen des Symposiums "Umweltpolitik und Freiheit"

Michael Miersch

Grün neu denken

Seit einem Vierteljahrhundert sitzt die grüne Partei im Deutschen Bundestag ein. Drei Jahre später, am 6. Juni 1986, wurde der erste Bundesminister für Umwelt ernannt. Zu dieser Zeit stand das Thema Umweltschutz bereits über ein Jahrzehnt ganz oben auf der öffentlichen Agenda. Die Schaumberge auf den Flüssen waren bereits verschwunden, Katalysatoren für Autos wurden Pflicht und ein Gesetz mit dem sperrigen Namen „Großfeuerungsanlagenverordnung“ sorgte dafür, dass Schwefelverbindungen aus Kohlekraftwerken nicht mehr auf den deutschen Wald nieder rieseln. Katastrophale Industrieunfälle in Seveso, Bhopal, Basel und Tschernobyl erhöhten den Druck der Öffentlichkeit und führten zum Verbot zahlreicher Schadstoffe, die vorher bedenkenlos in Industrie und Landwirtschaft eingesetzt worden waren. Ende der achtziger Jahre waren Luft und Gewässer messbar sauberer, die Ablagerungen von Giftstoffen im menschlichen Körper gesunken und sogar die Bestände einiger sensibler Tierarten erholten sich wieder. Umweltschutz war als eines der großen Politikfelder fest etabliert. Eigentlich eine schöne Erfolgsgeschichte.

Doch die gefühlte Umweltverschmutzung hat seither eher zugenommen. Jede technische Neuerung steht zunächst unter dem Verdacht, der Natur oder der menschlichen Gesundheit zu schaden. Obwohl die meisten konkreten Probleme (nicht global, aber in Deutschland und den anderen reichen Industrieländern) erledigt sind, blieb eine latente Alarmstimmung in der Bevölkerung erhalten. Über das lebensnotwendige Kohlendioxid wird gesprochen, als handele es sich um ein gefährliches Gift.

Es herrscht die Logik des „weiter so“. Als hätte sich seit den siebziger Jahren nichts geändert, wird die alte „Fünf vor Zwölf“ Rhetorik beibehalten. Wohlstand und Technik stehen weiterhin unter Generalverdacht. Manche Posen erinnern ein bisschen an ergraute Agitprop-Künstler der späten DDR, die immer noch das Bild vom hohlwangigen Käthe-Kollwitz-Proletarier malten, obwohl die westdeutsche Arbeiterklasse sich schon längst an der Adria sonnten. Woher kommt diese Beharrung? Ist Umweltpolitik museal geworden?

Umweltschutz war bei den Führungskadern der Grünen immer ein ungeliebtes Pflichtthema. Bis heute verlassen sie sich dabei auf die Expertise der großen Verbände, die mehr Interesse an Aufmerksamkeit fördernden Problemen als an praktischen Lösungen haben. Und die anderen Parteien haben keine einzige Idee zu einer eigenständigen Umweltpolitik entwickelt. Man schießt darauf, welches Thema die Grünen und die Verbände setzen, und übernimmt deren Vorschläge nach einer Weile in moderaterer Form ins eigene Programm. Es gibt keinen Wettbewerb der Ideen. Was „öko“ ist wurde in der Anfangsphase der Bewegung definiert und bis heute nicht in Frage gestellt. Doch immer häufiger stellt sich beim zweiten Hinsehen heraus, dass ökologisch motivierte Politik selbst zur Gefahr für die Umwelt wird. Die Zerstörung der indonesischen und malaysischen Regenwälder für Biotreibstoffe hat dieses Paradox erstmals über Fachkreise hinaus bekannt gemacht. Aber es gibt noch andere Beispiele. Nicht nur kostspielige Fehler, wie das Recycling von Kleinverpackungen, das mehr Energie verbraucht als es einspart. Sondern auch

echte Desaster, wie das DDT-Verbot, dem Millionen Menschenleben geopfert wurden.

Es wird Zeit, die gewohnten grünen Gemeinplätze zu überprüfen und neu darüber nachzudenken, was tatsächlich gut für Menschen und Umwelt ist. Das weiterhin wichtige Umweltthema darf nicht zur Spielwiese Symbolpolitiker, Karrieristen und Ideologen verkommen. Die Partei, die am wenigsten zu einer Revision fähig sein wird, sind die Grünen. Die Verbände sind erstarrt. Aber was ist mit den anderen Parteien? Mit dem „Blauen Himmel über der Ruhr“ hat die SPD frühezeitig den richtigen Ton angegeben. Umwelt- und Naturschutz lautete die Botschaft sich nicht gegen den Fortschritt. Sie sind Fortschritt. Denn sie leisten einen großen Beitrag für die Verbesserung der Lebensqualität (auch ein sozialdemokratischer Ausdruck).

Im 21. Jahrhundert könnte Grün neu denken, zur Wiederentdeckung der Atomkraft führen. Atomkraftwerke verschmutzen die Umwelt nicht. Je weiter sich diese Technik entwickelt, desto ungerechtfertigter wird die Angst vor ihr. Doch sie wird in Deutschland vom alten grünen Denken tabuisiert. Stattdessen wird der zur Zeit noch ineffizienteste Weg zur CO₂-einsparung – die Solartechnik – mit zweistelligen Milliardenbeträgen subventioniert.

Grün neu denken sollte Offenheit gegenüber der Pflanzengentechnik beinhalten. Nur durch Ertragssteigerung auf gleicher Fläche kann die wachsende Menschheit ernährt und gleichzeitig die Natur bewahrt werden. Auch der anti-urbane Denkreflex gehört endlich in die ideologische Restmülltonne. Wer in Ballungsgebieten wohnt verhält sich naturfreundlicher, als die Erbauer schicker Ökohäuser im Grünen. Grün neu denken bedeutet, die Technik umarmen, denn oftmals verbesserten technische Fortschritte die Umweltsituation. Die Computerisierung führte zu mehr Energie- und Ressourceneffizienz.

Wirksame Umweltpolitik wird immer gebraucht, egal ob das Thema gerade wieder Konjunktur hat oder nicht. Die alte Öko-Orthodoxie führt sich immer mehr selbst ad absurdum. In der Wirtschaft nennt man die dadurch entstandene Situation eine Marktlücke.